

Protokoll Nr. 6 (2023-2027)

der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Arbeit, Wirtschaft, Gesundheit und Senioren“ des Beirats Vahr am 06.03.2025 im Nachbarschaftstreff Vahrer See (Hanna-Harder-Haus)

Beginn: 18:30 Uhr Ende: 20:05 Uhr

Anwesend waren:

- a) vom Fachausschuss
 - Martin Exner
 - Petra Hoya
 - Rolf Oehmke
 - Jörg Schoolmann
 - Wiebke Sikau
 - Susanne Stehr-Murmann
 - Helmut Weigelt
 - b) als beratendes Fachausschussmitglied
 - Jens Emigholz
 - c) aus dem Beirat
 - Jens Diestelmann
 - d) vom Ortsamt
 - Stefan Freydank
 - Thomas Berger
 - e) Gäste
 - zu TOP 2: Astrid Gaede (Präventionszentrum der Polizei Bremen), Volker Fahlbusch (Polizeirevier Vahr) sowie Nils Kegler und Jörn Schröder (Kontaktpolizisten in der Vahr)
 - zu TOP 4: Heinrich Gerkmann und Ekkehard Grimm (Seniorenvertreter für die Vahr)

Stefan Freydank stellt fest, dass der Fachausschuss beschlussfähig ist.

Das Protokoll Nr. 5 der Fachausschusssitzung am 05.12.2024 wird genehmigt.

Anschließend wird die vorgelegte Tagesordnung geändert und wie folgt beschlossen:

Tagesordnung

TOP 1: Verpflichtung neues Fachausschussmitglied

TOP 2: Sicherheitsempfinden von Senior:innen im Stadtteil Vahr

TOP 3: Austausch zur Verbesserung der Barrierefreiheit für Senior:innen im Stadtteil

TOP 4: Bericht der Seniorenvertreter der Vahr

TOP 5: Verschiedenes

TOP 1: Verpflichtung neues Fachausschussmitglied

Stefan Freydank begrüßt Wiebke Sikau als sachkundige Bürgerin für die Fraktion der SPD und verpflichtet sie.

TOP 2: Sicherheitsempfinden von Senior:innen im Stadtteil Vahr

Astrid Gaede (Präventionszentrum der Polizei Bremen) berichtet, dass die Fallzahlen für die „Straftaten zum Nachteil älterer Menschen“ (SÄM) zuletzt angestiegen seien. Gleichzeitig gehe sie von einem erheblichen Dunkelfeld aus, da sich Betroffene aus Scham nicht an die Polizei wandten. Hinzu komme, dass nicht nur Ältere betroffen seien, selbst jüngere Personen würden

von sog. „Schockanrufen“ überrumpelt. In vielen Fällen sei anzunehmen, dass es sich um organisierte Kriminalität handele.

Astrid Gaede betont, dass sie hier die gesamte Gesellschaft in der Verantwortung sehe, die Polizei selbst allein könne dem nicht begegnen. Alle seien aufgefordert, aufmerksam zu seien und sich z.B. in der jeweiligen Nachbarschaft zu unterstützen.

Das Präventionszentrum versuche, über vielerlei Kanäle zu informieren und aufzuklären, sei es über Facebook, über den Weser Kurier, in Kirchengemeinden, in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale usw. Hinweise zur Prävention hätten sich bislang nur als begrenzt erfolgreich erwiesen. Im entscheidenden Moment beachteten die Betroffenen selbst sichtbare Hinweise nicht oder hielten Stimmen am Telefon doch für die des eigenen Enkelkinds. Gleichzeitig gingen die Täter:innen immer raffinierter vor.

Das Präventionszentrum biete auch Beratung in Einzelgesprächen an.

Auf die Frage nach konkreten Fallzahlen zeigt sich Volker Fahlbusch (Polizeirevier Vahr) zurückhaltend. Die offiziellen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ständen noch aus - und hätten wie Astrid Gaede bereits ausgeführt habe, in diesem Bereich nur eine geringe Aussagekraft. Aber auch er gehe von einem Anstieg der Fallzahlen aus. Nach seiner Ansicht stelle die Vahr jedoch keinen Schwerpunkt dar.

Auf weitere Nachfragen erwidert Astrid Gaede:

- Sie empfehle, im Straßenbild aufmerksam zu sein und die Kontakte in der Nachbarschaft zu pflegen - im Zweifelsfall, ergänzt Volker Fahlbusch, sei es immer angebracht, den polizeilichen Notruf zu wählen;
- selbst vorgezeigte Ausweise böten inzwischen keine Sicherheit mehr;
- sie rate dazu, zu Hause keine Geldbeträge und keinen Schmuck aufzubewahren;
- technisch sei es möglich, Telefonanlagen so zu programmieren, dass bspw. unbekannte Rufnummern oder bestimmte Rufnummern blockiert seien. Es sei jedoch aufwendig. Bei ständig wiederkehrenden Anrufen lasse sich im Zweifelsfall nur die eigene Rufnummer wechseln;
- die Menschen seien insgesamt verunsicherter. Videoüberwachung an bestimmten Örtlichkeiten (z.B. Hauptbahnhof und Straßenbahn) hätten sich bewährt, die Aufklärungsrate für Straftaten sei gut.

Volker Fahlbusch und Nils Kegler (Kontaktbeamter) bestätigen die zunehmende Verunsicherung und stellen sowohl einen Zusammenhang zur Berichterstattung in den Medien als auch zum Bundestagswahlkampf her;

- die Angestellten der Bankhäuser seien entsprechend geschult, um z.B. aufmerksam zu werden, wenn Menschen höhere Bargeldbeträge abheben wollten;
- es gebe auch Selbstbehauptungskurse, die sich gezielt an ältere Menschen wenden;
- in gefährlichen Situationen sei es wichtig, sich aus der Situation zu entfernen und/ oder andere Personen gezielt anzusprechen und um Hilfe zu bitten bzw. ihnen gezielt Aufträge zu erteilen.

Volker Fahlbusch macht deutlich, dass es bei diesen Straftaten in der Regel um Geld- und Sachwerte gehe, also um Betrug. Körperliche Gewalt sei in der Regel nicht im Spiel. Teilweise sei die Polizei in der Lage, die Delikte aufzuklären.

Er empfehle, an der Haustür und am Telefon deutlich sichtbare Warnhinweise anzubringen. Eine aktuelle Umfrage zum Sicherheitsempfinden in der Vahr sei ihm nicht bekannt. Der Stadtteil falle auch nicht durch Raubdelikte auf, allenfalls durch Taschendiebstahl.

Nils Kegler berichtet, dass die Polizei in der Vahr eine umfangreiche Präventionsarbeit leiste. Zur polizeilichen Nachsorge bei Wohnungseinbrüchen gehörten immer auch Informationen zu SÄM.

Volker Fahlbusch ergänzt, dass die Polizei vielfach Einladungen zu Informationsveranstaltungen folge und damit viele Menschen erreiche.

TOP 3: Austausch zur Verbesserung der Barrierefreiheit für Senior:innen im Stadtteil

Aus dem Gremium und aus dem Publikum werden folgende Örtlichkeiten mit Barrieren benannt:

- die sog. 4. Ampel - die Kantsteine seien zwar abgesenkt, aber für Rollatoren trotzdem eine Barriere;
- die Wege am Vahrer See;
- die abgesenkten Bordsteine vor der Julius-Leber-Straße 12 bis 16 seien regelmäßig zugeparkt - insgesamt gebe es eine Vielzahl von Fällen, in denen vor abgesenkten Kantsteinen geparkt werde.

Jörn Schröder (Kontaktbeamter) weist darauf hin, dass im Falle von Parkverstößen die Verkehrsüberwachung beim Ordnungsamt informiert werden könne. Eine farbliche Kennzeichnung von abgesenkten Bordsteinen sei nicht möglich.

TOP 4: Bericht der Seniorenvertreter der Vahr

Ekkehard Grimm berichtet, dass ihn bisher keine Anliegen aus dem Beirat erreicht hätten. Die Seniorenvertretung kümmere sich um begründete Anliegen. Außerdem versuche sie, mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz eine gesetzliche Grundlage vergleichbar dem Beirätegesetz zu erreichen, um zu bestimmten Sachverhalten auf jeden Fall Gehör zu erhalten - oder wie Barbara Schneider (ebenfalls Mitglied in der Seniorenvertretung) ergänzt Rederecht in bestimmten Deputationen zu erhalten. Ein positives Votum des Beirats könne dieses Anliegen unterstützen. Der Beirat Hemelingen habe entsprechend beschlossen.

Heinrich Gerkmann verdeutlicht, dass die Seniorenvertretung im Land Bremen über 180.000 Personen im Alter über 60 Jahren vertrete. In der Stadt Bremen seien es über 160.000 Personen. Der Beginn der laufenden Legislatur sei in der Arbeit der Seniorenvertretung „schlimm“ gewesen, inzwischen habe es sich aber gebessert. Die Seniorenvertretung unterhalte vier Arbeitskreise. Am 14.03.2025, finde von 10 bis 13 Uhr, in der Bürgerschaft die Landesseniorenkonferenz statt.

Helmut Weigelt bittet darum, dem Beirat hinsichtlich des Seniorenmitwirkungsgesetzes einen entsprechenden Antrag vorzulegen.

Stefan Freydank unterstreicht, dass dieser TOP nunmehr für jede Sitzung vorgesehen sei.

TOP 5: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 05.06.2025, 18:30 Uhr.

Sprecherin	Vorsitz	Protokoll
Stehr-Murmann	Freydank	Berger